

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einseitige Petitzeile
oder deren Raum 20 H.
außerhalb des Bezirks
22 H. bei Ankaufserlei-
nung durch die Geschäfts-
stelle 30 H. extra.
Reklame-Beile 50 H.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Falle des Mahnverfahrens
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird
Kreistele. Gemälde über-
nommen.

Nr. 117.

Neuenbürg, Donnerstag, den 22. Mai 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 21. Mai. Das Zentrum hat folgende Anfrage an den Verkehrsminister gerichtet: „Gedenkt der Herr Verkehrsminister den am neuen Empfangsgebäude des Cannstatter Bahnhofs vorgesehenen etwa 30 Meter hohen Turm trotz der jetzigen ungünstigen wirtschaftlichen Lage auszuführen oder hält er es angesichts der ständig steigenden Wohnungsnot nicht für richtiger, die mit dem Turmbau verbundenen Kosten zum Einbau von Dienstwohnungen zu verwenden, und ist er bereit, die bisherigen Pläne dementsprechend zu ändern?“ — Die Mitglieder der Bürgerpartei in des Bauernbunds stellen folgenden Antrag: „Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der Errichtung des Vermögenswachses der Weingärtner nicht in Ertrag aus den letzten Jahren dem Vermögen am Anfang des Krieges gegenübergestellt wird, sondern daß nach der wohl begründeten Gepflogenheit der Weingärtner das Einkommen aus guten Weinjahren auf die vorangegangenen Jahre verteilt und als Ertrag für eine längere Zeitperiode berechnet wird.“

Lahr, 21. Mai. Die Handelskammer hat sich mit der Vereinigung von Baden und Württemberg befaßt und sich dahin ausgesprochen, daß sie in einer politischen Verschmelzung keine überwiegenden Vorteile für unser Land erblicken kann und einer Vereinigung deshalb ablehnend gegenübersteht. Loggen würde die Kammer es begrüßen, wenn sich zwischen beiden Ländern ein engeres Zusammengehen in allen wirtschaftlichen und Verkehrsfragen herausbilden würde und bei Behebung von Arbeiten eine möglichst gleichmäßige Veranlagung der Industrie beider Staaten erfolgen würde.

Ludwigshafen, 21. Mai. Die Bürgerpartei und die mittleren Parteien von Kaiserslautern, Pirmasens, Landau, Zweibrücken, Speyer und Ludwigshafen brachten am Samstag und Sonntag in öffentlichen Kundgebungen und feierlichen Entschlüsse zum Ausdruck, daß sie in aller Zukunft ein treues Glied des deutschen Reiches bleiben wollen, jede spanische Bewegung mißbilligen und namentlich die Abtretung pfälzischer Gebiete, d. h. dessen Stellung unter schiedlicher französischer Botmäßigkeit entschieden ablehnen.

Essen, 21. Mai. Der Gewerkschaftsbund der christlichen Bergarbeiter, der über 100 000 Mitglieder zählt, hielt an vielen Orten des Ruhrreviers Bergarbeiterversammlungen ab, in denen gegen die spartakistische Bewegung, die Vergleiche erneut in einen Generalstreik zu ziehen, Stellung genommen wird. In einer großen Anzahl Arbeiterversammlungen sprachen sich die Bergarbeiter einstimmig gegen die spartakistische Schachtorganisation aus, die jetzt auf mehreren Jochen in der Bildung begriffen sind.

Berlin, 20. Mai. Im Reichsversammlungs-ausschuß erlaubte die Bayerische Regierung neue Schwierigkeiten in der Übergabe der Bahnen an das Reich. — In der sächsischen Volkskammer machte der Justizminister die Mitteilung, daß nach zuverlässigen Unterlagen schon 14 Tage vor der Ernennung des Kriegsministers Neuring eine Bartholomäusnacht geplant war, in der einer ganzen Anzahl Persönlichkeiten das gleiche Schicksal wie dem Kriegsminister beschieden sein sollte. — Wie der Berl. Lok.-Anz. aus Wien meldet, wurde der Dieb, der in Spanbau 30 Mill. rumänisches Baumgeld stahl, dort verhaftet. Der Verhaftete ist anheimland der Offiziersburche Fröschel, der von Berlin aus wegen des Diebstahls gesucht wurde. — Ein Stiefstofffabrikant ist von den drei großen deutschen Erzeugergruppen des Stiefstoffes unter maßgebendem Einfluß des Reiches als G. m. b. H. gegründet worden. Zweck ist die billige Stiefstoffversorgung der deutschen Landwirtschaft. — Ueber ganz Westpreußen hat das preussische Staatsministerium den Belagerungszustand verhängt. — In Bromberg protestierte der Grenzschutz in einer großen Soldatenversammlung gegen den Versailler Frieden und versprach, bis zum letzten Mann auf Weisung der Regierung zum Schutz der Ostmark zurückzukehren. — Von polnischer Seite wurde ein Granatenentwurf auf die Schule in Rybnik (Oberschlesien) unternommen. Es wurde beträchtlicher Sachschaden angerichtet. Verletzt wurde niemand. — Mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit hat die erwartete Offensive der Sowjettruppen gegen das Baltikum eingesetzt. Seit Sonntag abend sind heftige Kämpfe an der ganzen Front von Schloß bis Rausch im Gange.

Französische „Fürsorge“ für Arbeitslose.

Nicht genug, daß unsere Gefangenen zurückgehalten werden und in Flandern fronen müssen, auch im besetzten Gebiet holt man, wie die „Volkstimme“ meldet, die Arbeiter aus den Fabriken und transportiert sie zum Wiederaufbau ab. Um den Schein zu wahren, schafft man zunächst künstlich Arbeitslose, um sagen zu können, es handle sich um Leute ohne Beschäftigung. So wurden dieser Tage in

Birmosens 12 Schuhfabriken auf Befehl der Befehlungsbehörden geschlossen, obwohl nach Angabe der Fabrikanten noch Rohstoffe zur Verarbeitung vorhanden und auch neu beschafft werden können. Die Bestände von 400 000 Paar Schuhen wurden bei dieser Gelegenheit den Fabrikanten gegen Zahlung des Friedenspreises weggenommen und nach Frankreich abgerollt. Bei dem üblichen Wochenappell wurden dann alle durch diese gewaltsame Schließung der Fabriken brotlos gewordenen gestiftet. Die 17 bis 32-jährigen wurden auf der Stelle interniert, um nach Ludwigshafen gebracht zu werden, wo die Transporte zusammengestellt werden. Ein Abschied von den Angehörigen war unmöglich. Diefen wurde erst Kunde hieron durch deutsche Beamte, die den Auftrag erhielten, Arbeitskleider für die „Arbeitslosen“ zu holen.

Ein unterdrückter Erlaß Hindenburgs.

Der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wird von einem Offizier nachstehender Erlaß des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur Verfügung gestellt:

Zur Bekanntgabe an alle Truppen.

Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Ueber einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in Bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge, andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung. Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist fernab der Beweis, daß unsere Feinde das Wort Rechtsfrieden nur im Munde führen um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußerster Kraft fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert.“

Im Felde, den 25. Okt. 1918, abends 10 Uhr.

gez.: von Hindenburg.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ knüpft an diesen Erlaß folgende Bemerkungen: Dieser Erlaß, der die Loge vollkommen richtig einschätzte, und dessen Befolgung uns nach menschlichen Ermessen vor dem Elavenfrieden gerettet hätte, ist weder dem Heere noch der deutschen Öffentlichkeit jemals bekannt geworden; denn kaum war, wie uns von einer unterrichteten Persönlichkeit mitgeteilt wird, der Befehl, ihn den Truppen mitzuteilen, am Abend des 25. Oktober bei den unteren Kommandostellen eingetroffen, als ein Gegenbefehl kam, den Auftrag Hindenburgs nicht weiterzugeben. Dieser Befehl ging zweifellos von der Regierung aus; denn wenige Tage später erwähnte ein Regierungsvertreter im Reichstage, Hindenburg habe sich wieder persönlich an die Truppen gewandt, das sei ihm aber gestiftet worden, und die Bekanntgabe des Erlasses habe man verhindert.“

Ausland.

London, 21. Mai. Im Unterhause wurde mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten ihre Rauffahrtflotte, die vor dem Kriege 1 700 000 Tonnen betrug, während des Krieges auf 6 400 000 Tonnen vermehrt haben, während in England in den ersten 4 Monaten 1919 nur 327 000 Tonnen Schiffsraum gebaut wurden, da sehr viele Reparaturen gemacht werden mußten.

In ganz Italien werden für den 1. Juni große Protest-Versammlungen gegen den Versailler Frieden vorbereitet. — Eine Protest-Versammlung gegen die Hungerblöcke Deutschlands fand unter dem Vorhitz von Lord Armour in der „Albert Hall“ in London statt und wandte sich gegen die Versailler Bedingungen. — Die Strafverfolgung des früheren griechischen Königs Konstantin ist auf den Antrag von Benigelos von der Entente angeordnet worden.

In den Verhandlungen in Versailles.

Neue Noten an Clemenceau.

Versailles, 21. Mai. Graf Brochdorff-Ranzau hat gestern 6 Noten an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, gerichtet. Sie betreffen: 1. die territorialen Ostfragen; 2. Elb-Lothringen; 3. die besetzten Gebiete; 4. Umfang und Durchführung der von Deutschland abzunehmenden Schadenersatzpflichten; 5. Weitere praktische Behandlung der Fragen des Arbeiterrechts; 6. Behandlung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland.

Nachdem ist eine Zusammenfassung der Bemerkungen in Arbeit, zu denen der Entwurf des Friedensvertrags in seinen einzelnen Bestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet.

Frühverlängerung beantragt.

Versailles, 21. Mai. Die deutsche Delegation hat mit Rücksicht auf die zahlreichen, noch zu behandelnden Gegenstände eine Frühverlängerung für die Gegenvorschläge beantragt. Die Alliierten werden zweifellos den Antrag bewilligen und eine Verlängerung der Frist auf 8 Tage gewähren.

Diese Zeit wird für eifrigste Arbeit verwendet. Deutschseits ist das Bestreben offenkundig, jedes erträgliche Opfer zu bringen. Die Aufgabe würde vereinfacht, wenn die deutschen Leistungen in Form von engerer Wirtschaftsgemeinschaft mit den Nachbarn gebracht würden. Leider scheint dieser allerdings spät betretene Weg jetzt durch den Widerstand der angelsächsischen Mächte verperert zu werden. Die Angelsachsen haben auch eine unbedingte Forderung in allen Ostfragen, deshalb ist es zwecklos, wegen der geforderten Territorialabtretungen gegen Frankreich Sturm zu laufen.

Soweit es sich um die Friedensbedingungen handelt, merken auch nicht deutsch-freundliche Blätter, daß Wilson und Lloyd George die Wortführer der scharfen Politik gegen Deutschland und zwar schärfer als Clemenceau seien.

Die deutsche Delegation von Spionen umgeben.

Versailles, 20. Mai. In einer an seine Mitarbeiter gerichteten Note beklagt sich Graf Brochdorff-Ranzau über allerlei Leute, die damit beauftragt sind, die Unterhaltungen der deutschen Delegierten auszuspiionieren und empfiehlt den Delegierten Vorsicht. Er fügte hinzu, es sei zu hoffen, daß sich die Pariser Presse nicht einbilden werde, auf irgend eine Weise die Beschlüsse der deutschen Delegation beeinflussen zu können. — Die Regierung hat dem Wunsch der Versailler Handelskammer entsprochen, den Trianonpark von Sonntag ab dem Publikum wieder zu öffnen; der deutschen Delegation jedoch wird der Park gesperrt.

Nachgiebigkeit der Alliierten?

Paris, 21. Mai. Die Deutschland zu gebenden Erleichterungen verfolgen den Zweck, Deutschland die Erfüllung seiner Vertragsverpflichtungen zu ermöglichen. Wenn auch grundlegende Abweichungen vom Friedensvertrag nicht zustande werden können, so werden die deutschen Noten doch auch nicht ohne jeden Erfolg bleiben. — Aus den Äußerungen einiger Pariser Morgenblätter, welche zweifellos inspiriert sind, ist zu erkennen, daß man bereit ist, über finanzielle und wirtschaftliche Fragen, nicht aber über Grenzfragen Zugeständnisse zu machen. — Die Alliiertenkonferenz hat eine zweite Unterkommission zur Prüfung der deutschen Gegenvorschläge über die territoriale Abgrenzung des deutschen Reiches eingesetzt. In dieser Kommission haben die Polen und Tschechen keine Vertretung.

Paris, 21. Mai. Die Bekanntgabe der bisher auf die deutschen Noten gefaßten Beschlüsse der Alliierten soll erst mit der Ueberreichung der Antwortnote an Deutschland erfolgen. Eine wesentliche Veränderung des Friedensvertrags ist kaum zu erwarten. — Die Alliierten wollen in persönliche Fühlungnahme mit dem Grafen Brochdorff-Ranzau treten, aber nach dem Antrag Frankreichs erst dann, wenn die grundsätzliche Bereitwilligkeit Deutschlands zur Unterzeichnung des Friedensvertrags vorliegt.

Ein neuer diplomatischer Sieg Clemenceaus über Wilson.

Amsterdam, 20. Mai. Einer Radiomeldung aus New-York zufolge schreibt „New-York World“, daß Präsident Wilson eine neue Botschaft an die Vereinigten Staaten fertiggestellt habe, in der die Möglichkeiten ausgeführt seien, durch die die Vereinigten Staaten in irgend einen zukünftigen europäischen Streit, der entstehe, wenn Deutschland den Friedensbedingungen nicht nachkomme, hineingezogen werden können. Der Präsident werde den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, einen Teil der alliierten Truppen für weitere fünf Jahre als Teil der alliierten Truppen, die von Deutschland die Erfüllung der Friedensbedingungen zu erzwingen haben würden, am Rhein belassen zu dürfen. Wie das Blatt meldet, bedeutet dies neben dem Bündnis mit Frankreich einen Sieg Clemenceaus und zeigt noch deutlicher den Preis, den Präsident Wilson für die Annahme des Völkerbunds und die Ablehnung der Anträge Frankreichs habe zahlen müssen.

Spekulation auf die deutsche Uneinigkeit.

Versailles, 20. Mai. Der „Temps“ entwickelt die Politik, die nach seiner Ansicht zu verfolgen wäre, wenn Deutschland die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte. Die militärischen Maßnahmen genügten nicht.



Man müsse mit einem festumrissenen politischen Programm zur Lösung der Friedensfrage schreiten. Nach seiner Ansicht könne man sich die erforderlichen Einzelstaaten mit Ausnahme von Preußen suchen. Es wäre nach seiner Ansicht leicht, mit Bayern, Sachsen, Hamburg, Bremen Verträge abzuschließen und innerhalb Preußens mit gewissen, in sich wirtschaftlich geschlossenen Gebieten zu verhandeln. Auch mit Baden könne man sich über die Abfrage und über das Schicksal von Rehl leicht einigen. Einzelnen Bezirken, die besonders entgegenkommend wären, könne man sogar wirtschaftliche Vorteile zusichern.

Hier kommt der alte Gedanke der Balkanisierung Deutschlands in dankenswerter Offenheit zum Ausdruck. Es wird also Deutschland hinlänglich bewiesen, welches Schicksal ihm droht, wenn es nicht einig ist und wenn es ihm nicht gelingt, die einheitliche Front in dem Kampfe um den gerechten Frieden, der uns die Existenzmöglichkeit garantiert, aufrechtzuerhalten.

Vange machen gilt nicht.

Berlin, 21. Mai. Die Entente rüstet sich für den Fall, daß Deutschland die Bedingungen nicht unterschreibt, uns mit beiden Häuten die Gurgel zuzupressen. Die „Politiken“ erzählt, ist die dänische Regierung in diesen Tagen von der Pariser Friedenskonferenz verständigt worden, daß Dänemark dann sofort die Aus- und Einfuhr und den Transithandel mit Deutschland einzustellen hätte. Hand in Hand damit sollen militärische Aktionen gehen und englische, französische und amerikanische Heere sollen die wichtigsten Punkte Deutschlands besetzen. Dadurch hofft man zu erreichen, daß die gegenwärtige Regierung zurücktritt. Besonders Vertrauen hätte man zu einer Regierung Daase. Die „Deutsche Allg. Zig.“ bemerkt hierzu: Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie sich aller Konsequenzen bewußt sind, und trotzdem den festen Willen haben, den Frieden in der Fassung des Entwurfs nicht zu unterzeichnen. Auch das Vertrauen zu Daase wird die Schwierigkeiten nicht beseitigen, die im Falle der Ablehnung für die Entente entstehen können. Die Unabhängigen haben übrigens deutlich erklärt, daß sie nicht geneigt sind, die Regierung zu übernehmen, nur um den Frieden zu „unterzeichnen“. Nebenbei ist das Vertrauen für Daase nicht sehr ehrenvoll.

Auf der Pariser Konferenz hat man sich dahin verständigt, daß, falls Deutschland die Unterschrift des Friedensvertrags verweigert, die Blockade in denkbar schärfster Form wieder aufgenommen wird.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Berlin, 21. Mai. Die deutschen Gegenentwürfe stellen nach dem „Vorwärts“ einen sorgfältig durchdachten Versuch dar, die schwebende Weltkrise in einer Weise zu lösen, die den Interessen aller Beteiligten entspricht und für einen dauernden Weltfrieden sicheren Grund zu legen. Selbstverständlich werden die deutschen Vorschläge sofort nach ihrer Uebersetzung der deutschen Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Der „Vorwärts“ tritt dafür ein, daß die deutsche Friedensdelegation verlange, daß ihre Vorschläge den Völkern der Entente bekanntgegeben werden und daß keine Entscheidung erfolgt, solange sich nicht die Völker ein eigenes Urteil über sie bilden können.

Der Anall-Effekt.

Paris, 21. Mai. Die Unterzeichnung soll bis zum 15. Juni als zulezt zugelassenem Termin erzwungen werden. Wie die Blätter berichten, werden alle Vorbereitungen im Spiegelhaus durch den Befehl des Departements Seine und Oise geleitet. Die Alliierten Bevollmächtigten werden zuerst über die große Treppe in den Saal treten, dann die deutschen Delegierten über die Treppe der fremden Gesandten. Nach der Unterzeichnung werden die deutschen Delegierten den Saal zuerst verlassen. Bei ihrem Austritt aus dem Schlosse werden sämtliche Wasserkränze des Parks zu spielen beginnen.

Es wird weiter geräubert.

Lugano, 21. Mai. Der in Paris weilende Direktor der „Tribuna“ meldet auf Grund der vorläufig festgesetzten Wiedergutmachungstafel die Konfiskation aller deutschen und österreichischen Immobilien in Italien. Ferner erhalten die Italiener das Recht, ihre mit Deutschland und Oesterreich abgeschlossenen Kontrakte aufzuheben oder ihre Durchführung zu verlangen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Durch Verfügung des Finanzministerium ist Finanzsekretär Schütt in Neuenbürg zu dem Kameralamt Aalen auf Ansuchen in gleicher Eigenschaft versetzt worden.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 19. Mai 1919 die Wahl des Stuwamachers Karl Pfrommer in Dieselsberg zum Ortsvorsteher der Gemeinde Dieselsberg, Oberamt Neuenbürg, bestätigt.

Neuenbürg, 21. Mai. Die Bewerber-Vorstellung für die Wahl zur Landeskirchenversammlung hatte am Dienstag Abend weite Kreise der Evang. Kirchengemeinde beiderlei Geschlechts im Gemeindehaus vereinigt. Delan Uhl ging nach herzlichster Begrüßung und Willkomm an Gemeindegemeinschaften und Bewerber in großen Zügen auf die Aufgaben, Zwecke und Ziele der künftigen Landeskirchenversammlung ein, über welche genügend Aufschluß zu geben heute noch nicht möglich sei. Niemand wisse, unter welchen Gesichtspunkten die einzelnen Fragen gehoben werden und ihre Lösung finden sollen. So könne man auch von den Kandidaten nicht erwarten, daß sie sich heute schon auf ein bestimmtes Programm festlegen; man könne nur von einigen grundsätzlichen Fragen reden und im allgemeinen dazu Stellung suchen. Es werde sich in der neuen Landeskirchenversammlung, die 82 Mitglieder zählen und auf eine recht breite, volkstümliche Basis gestellt sein soll, wesentlich um den Verfassungsaufbau für unsere evang. Landeskirche handeln und auch die Bekenntnisfrage zur Geltung kommen. Was die erste Frage betreffe, die Neu-

gestaltung unserer Landeskirchenverfassung, so werde es sich dabei um drei Punkte handeln, 1. um die Frage der künftigen Besetzung der Pfarrstellen, 2. um die Bestellung der Dekane, 3. um die Frage, wie soll die oberste Instanz, die bisher durch den Landesfürsten, als dem Landesbischof verkörpert war, wie soll diese neu begründet werden? Bei all diesen Fragen werde den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden müssen, wobei natürlich verschiedene Möglichkeiten gegeben seien, die aber heute nur auf Meinungen und Vermutungen gegründet wären. Gleiches sei zu sagen von der Bestellung der obersten Kirchenbehörde, wo ebenfalls Ungewißheit herrsche. Hier gehen die Ansichten auseinander; viel habe es für sich, eine einzelne Persönlichkeit zu wählen, eine Art Landesbischof, vielleicht mit diesem Titel. Man spreche auch von einer anderen Möglichkeit, von einem Dreimänner-Kollegium, die drei verschiedenen Fakultäten angehören würden. Etwas bestimmtes wisse man jedoch nicht. Nehulich liege der Fall bezüglich der Bekenntnisfrage. Auch hier stehe man vor einem schwierigen und delikaten Problem. Die Frage, ob wir mit einer Volkskirche in diesem weitgedachten Umfange das bestimmte evangelische Bekenntnis in seiner bisherigen reformatorischen Ausprägung vereinigen können, werde gewisse Spannungen erzeugen. Unsere Gemeindeführer seien heute schon weit vorangeschritten und geben zu verstehen, daß sie nicht zurechtfindenfalls die Volkskirche fahren lassen und ihre eigenen Wege gehen. Daß es eine ernste, folgenreiche Tagung geben werde, dessen dürfen wir sicher sein, und darum haben auch wir die ernstliche Verantwortung auf uns zu nehmen, durch eine wohlberogene Wahl Männer in die Landeskirchenversammlung zu schicken, welche die Gewähr bieten, nach bestem Wissen und Gewissen zur Lösung der schwierigen Fragen beizutragen.

Es folgte sodann in alphabetischer Reihenfolge die Vorstellung der geistlichen und weltlichen Bewerber. Ihre Namen sind: Pfarrer Hornberger, Jwerenberg, Stadtpfarrer Sandberger, Liebenzell, Apotheker Bozenhardt, Neuenbürg und Plahmmeister Klingemayer, Waldrennach. In dieser Reihenfolge nahmen die Bewerber während der ihnen zur Verfügung gestellten Sprechzeit von 20 Minuten Stellung zu den vielseitigen, teilweise noch im dunkeln Schöße der Zukunft liegenden Fragen, wobei sie bald mehr bald weniger auf diesen oder jenen Punkt der ihrer künftigen Arbeit und Lösung harrenden Aufgaben eingingen. Mit begreiflicher Spannung lauschten die Anwesenden den Ausführungen der Bewerber, die je nach ihrer kirchl. konservativen oder demokratischen Anschauung und Meinung auseinandergingen, im großen Ganzen aber doch darin übereinstimmten, wenn auch verschiedene Wege gehend, das große Ziel verfolgend, am Neubau der kirchlichen Verfassung nach bestem Wissen und Gewissen mit beizutragen und Espritsches zu Raß und Frommen unserer evangelischen Landeskirche wie der evangelischen Glaubensgenossen zu wirken. Diesem feierlichen Gelübnis gaben die Bewerber jeweils am Schlusse ihrer Ausführungen in eindrucksvollen Worten Ausdruck. Während Pfarrer Hornberger und Plahmmeister Klingemayer nach ihren Darlegungen die Anschauungen und Meinungen der Gemeindeführer vertreten, sind Stadtpfarrer Sandberger und Apotheker Bozenhardt Anhänger einer freieren, mehr demokratischen Richtung. Ausnahmslos darf von allen Bewerbern gesagt werden, daß Form und Art ihres Auftretens ohne jegliche Ueberhebung der eigenen Person bei den Anwesenden den besten Eindruck hinterließ und die Bescheidenheit, mit der sie im Interesse von Kirche und Religion ihren Mitbewerbern bei der Wahl nicht im Wege stehen wollten, sehr für sie einnahm.

In warmen Worten dankte Delan Uhl den Bewerbern für ihre von Liebe für die evangelische Sache durchglühnten Ausführungen; an die Anwesenden richtete er die Bitte, am 1. Juni vollzählig zur Wahlurne zu schreiten und den Mann ihrer Ueberzeugung zu wählen. Einige Mitteilungen über Zeit, Ort und Form der Wahl schlossen sich dieser Bitte an, ferner die Aufforderung, falls aus der Mitte der Versammlung Fragen an die Bewerber auf Grund ihrer Darlegungen gestellt werden wollen, solches geschehen möge.

Dieser Aufforderung leistete Werkführer Blaisch-Neuenbürg als abgefragter Kandidat, wie er einleitend bemerkte, und Vertreter der Arbeiterschaft, alsbald folgte. Er bemängelte an den Ausführungen von Bewerber Klingemayer, daß dieser nur immer von himmlischen Dingen sprach und das Irdische unerwähnt ließ, wobei er nur an die 10 Millionen Mark erinnern wolle, die der Staat der Kirche bis heute noch nicht zurückgegeben habe. Er redete im Laufe seiner Ausführungen „der freieren Kandidatur Sandberger-Bozenhardt das Wort und bekannte sich als einen Verehrer von Pfarrer Jatho. Die evang. Arbeiter sähen die Zukunft der Kirche dunkel vor sich, aber sie hätten ihre Kirche immer noch lieb. Die Volkskirche werde und müsse kommen. Er schloß seine Ausführungen mit der Bitte, die Kirche möge den Anschluß an das Volk nicht versäumen, versäume sie ihn diesmal, dann sei es für immer zu spät, zum Schaden der Kirche.

Delan Uhl dankte für diese freimütigen und gewiß gut gemeinten Ausführungen, worauf

Gemeindeführer Müller-Calmbach in beredten Worten Stellung gegen die Ausführungen von Werkführer Blaisch nahm und hauptsächlich auf seine Neußerungen über Pfarrer Jatho, an dessen Verhalten als Geistlicher er scharfe Kritik übte, einging. Er sprach vom Worte Gottes, das man draußen in den Schützengräben so wenig hörte und nach dem sich die Krieger immer so sehr sehnten, mit innerem Feuer und steigender Begeisterung und bezeichnete Jesus Christus als den Grund- und Eckstein, um den sich alles zusammengruppiert solle. Weiter kritisierte er die Vorbildung der Theologen an der Universität, wo aus der Heiligen Schrift nur bruchstückweise gelesen werde; wenn das so fortgehe, bleibe von der Bibel nur ein dünnes Buch mit zwei Decken. Unsere Aufgabe müsse sein: Aufbau des Reiches Gottes zum Heile jedes Einzelnen, zum Segen der Kirche. Auch diesem Redner dankte Delan Uhl, dessen Dar-

legungen neben so manch anderem namentlich auch deshalb angeprochen hätten, daß er Erfahrungen aus eigenem Leben im Schützengraben und aus dem Leben selbst in hohem Maße an Bewerber und Anwesende und der Wähler durch vollzählige Abstimmung den Dank für das Gehörte bezeugen zu wollen, schloß er darauf die Versammlung.

Aus Vorkreisen, nicht aus Kreisen der Geistlichkeit, was wir ausdrücklich betonen, geht uns von einem Teilnehmer an der kirchlichen Wählerversammlung folgendes Engagement zu:

Der Schluß der gestrigen kirchlichen Wählerversammlung mag viele nicht befriedigt haben.

Es ist anzunehmen, daß, wenn der Vertreter der Arbeiterschaft gewußt hätte, wie weit Jatho vom christlichen Bekenntnis abgerückt ist, daß er nicht einmal mehr an die Unsterblichkeit des Menschen glauben konnte, er nicht das Verlangen gestellt hätte, daß die Kirche für solche Diener nach Raum haben müsse. Wer den Boden in solchem Maße verloren hat, der soll auch selbst die Folgen ziehen, freiwillig auf sein kirchl. Lehramt verzichten und seine Meinung als Privatgelehrter vortragen.

Keiner der Kandidaten, die sich gestern vorstellten, ließ die Tore der „Volkskirche“ so weit bauen wollen. Man kann aber auch nicht wünschen, daß als solche nur die Pflichten des Pietismus errichtet werden, wie es der Vertreter des Reich Gottes umfaßt alle, die in ihm in lebendiger Gottes- und Menschenliebe arbeiten wollen, nicht bloß die „lebendig Wiedergeborenen“ der Gemeindeführer; jedermann weiß, daß wir dieser Arbeiter in einer Zeit nicht bloß des größten wirtschaftlichen sondern auch des größten sittlichen Niedergangs nicht genug haben können.

Man war schon betroffen von der Eröffnung des Dem. Dekans, daß die Gemeindeführer befehlen, daß, wenn die Entwicklung nicht den von ihnen erwarteten Lauf nehme, sie wählten, was sie zu tun hätten. Die nicht Wähler und doch „lebendig Wiedergeborenen“ sind nicht weniger zahlreich und wissen u. a. auch, was sie zu tun haben.

Verzieren wir die Mahnung der Kandidaten, namentlich des Herrn Pfarrers Sandberger und des Herrn Apothekers Bozenhardt, daß die Kirche gerade in gegenwärtiger Zeit nicht ausinanderausfallen dürfe, sondern daß der Sonntag, der sie sein soll, und der lahm geworden ist, wieder wirksam werde, in einer Weise wie nie zuvor, daß er in der Tat das ganze Volk zu seinem Segen durchdringe.

Neuenbürg, 22. Mai. Verschiedene Einwendungen mußten wegen Stoffmangels zurückgestellt werden.

Schönbürg, 20. Mai. Bei der am Sonntag den 18. Mai stattgefundenen Gemeinderatswahl haben von 551 Wahlberechtigten 337 = 60% abgestimmt. Auf den Wahlvorschlag der Deutsch-demokratischen Partei entfielen 2260 Stimmen und auf den der sozialdemokr. Partei 2374 gültige Stimmen. Jede Partei erhält somit nach Verhältnis 7 Sitze. Im Einzelnen wurden gewählt auf 6 Jahre die Herren: Joh. Delschläger, Gemeindeführer (358), Jakob Bäuerle, Schlossermeister (323), Gottlieb Vöcker, Kaufmann (291), Gottlieb Delschläger I, Landwirt (289), Friedrich Buchardt, Zimmermeister (269), Friedrich Erlennmaier, Schneidermeister (264), Christian Delschläger, Gärtner (256) = 2 D. d. P. und 5 S. P.; auf 3 Jahre die Herren: Gottlieb Schöder, Landwirt und Goldarbeiter (239), Friedrich Buchardt, Regiermeister (221), Georg Kraft, Goldarbeiter (196), Friedrich Vöcker, Lindewirt (188), Adam Buchardt, Bäckermeister (166), Johannes Kappler, Schneidermeister (163) und Joh. Gg. Delschläger, Kirchenpfleger (151) = 5 D. d. P. und 2 S. P. Da Friedrich und Gottlieb Vöcker Brüder, sowie Friedrich Buchardt, Zimmermeister und Adam Buchardt, Schwäger sind, ist nur je einer von ihnen zum Eintritt in den Gemeinderat berechtigt und zwar je der mit der höheren Stimmenzahl, also Gottlieb Vöcker, Kaufmann und Friedrich Buchardt, Zimmermeister. Infolgedessen rücken noch die Herren Johannes Delschläger, Landwirt und Straßenwart (137) und Friz Kiefer, Inspektor (130). Nachstehender Wahlvorschlag, dem wohl ausnahmslos zugestimmt werden kann, lag einem Wahlscheit der Schönbürger Gemeinderatswahl bei.

Wahlvorschlag.

Ich weiß nicht, wen ich wählen soll, die Zettel sind mit Namen voll, ein jeder lobt schon seine Taten, die er im Rathaus will beraten, doch keinem wird es auch gelingen, die „gute alte Zeit“ zu bringen wo alles billig war und gut von der Sohle bis zum Hut, was durch den Mund ging dick und dünn, das bleibt uns ewig in dem Sinn. Wer's fertig bringt, daß wiederkehrt (was unser aller Herz begehrt) die Lebensmittel zum alten Preis, der kann sich rühmen für den Fleiß und alles was noch drum und dran für Kinder, Frauen und den Mann so billig wird, so wie es war, der soll auf's Rathaus viele Fahre; ein Loblied ich für ihn gleich sing und geb' ihm gerne meine Stim.

Wilsbad, 20. Mai. (Gemeinderatswahl.) Von 2336 Wahlberechtigten haben 1781 abgestimmt. Es wurden abgegeben für die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei 11 067, Württemb. Bürgerpartei 4650, Sozialdemokratische Partei 7531, Zentrum 1281, Friedenspartei 3007 Stimmen. Die deutsch-demokratische Partei erhält 7, die sozialdemokratische 5, die Bürgerpartei 3 und die Friedenspartei 1 Sitze.

Gewählt sind: Brachhold, Christian, Stadtpfeger, Kappelmann, Ludwig, Kaufmann, Fritzel, Karl, Rutscher und Gemeinderat, Beckle, August, Botelner, Ruch, Friz, Zimmer-



uch drück...
igenem...
selbst...
lit wider...
der Bitt...
als Geh...
amlung.
Beistlich...
im Teil...
des Eing...
amlung...
er der...
christlich...
an die...
das Ver...
niere noch...
dem Weg...
freim...
Reinung...
ten, wie...
Ran kann...
Pfründe...
eter be...
oder bei...
er Got...
Lebung...
weiß, be...
en N...
des Dem...
dass, wenn...
auf ne...
nicht...
weniger...
aben.
anzum...
er Ap...
emö...
er Sauer...
H. wieder...
doh er...
ange...
endungen...
tag des...
von 551...
Wahl...
2290...
4 gänge...
7 St...
Dreien...
Bauer...
(291)...
Arthur...
verme...
D. d. P...
Schrö...
urthab...
r (196)...
Bäder...
(63) und...
D. d. P...
Brüder...
en Barb...
um Ein...
mit den...
aufman...
lgebes...
vort und...
Nach...
gehim...
er Ge...

meister*, Schmid, Christian sen., Zimmermeister*, Schmid,
Hermann, Metzgermeister*, Schläger, Karl, Zimmermann,
Eitel, Wilhelm, Maurer, Wurz, Wilhelm, Wirt*, Bauherr,
Hermann, Schloffer*, Eitel, Karl, Installateur*, Kiefer, Robert,
Jodelier, Schmerdtle, Karl, Schlossermeister*, Boldt, Philipp,
Kaufmann*, Großmann, Hermann, Flachsenmeister.
Die mit * bezeichneten sind auf 3 Jahre gewählt.

Bessere Verkehrsverhältnisse.
Neuenbürg, 22. Mai. Der neue Sommerfahrplan
seheint endlich, wenn nicht störende Einflüsse, vielleicht durch
den Friedensvertrag, sich geltend machen, die so sehr zum
Nachteil unseres Verkehrs- und Wirtschaftslebens seit Monaten
bestehenden Zugseinschränkungen. Er bringt erfreuliche
Verbesserungen, u. a. werden auch die früheren Nachmittags-
züge Pforzheim-Wildbad (12.29) und Wildbad-Pforzheim
(1.53) wieder verkehren. Diese Verkehrsverbesserung wird
ganz allseitig begrüßt; dadurch ist es auch wieder möglich,
den „Eustäler“ noch am Tage der Ausgabe in die Hände
der Leser im Enstal und der Höhenorte gelangen zu lassen.
Dessen wir, daß nichts Störendes im letzten Augenblick da-
zwischen tritt!

Württemberg.
Stuttgart, 21. Mai. Bemerkenswert unter ver-
schiedenen vom Finanzausschuß in seiner letzten Sitzung be-
handelten Eingaben ist die einer verheirateten Beamtin.
Mann und Frau sind beim Staat fest angestellt. Nach den
gelübten Bestimmungen erhält nur der Mann die vollen
Lebensrentenzulagen. Die Frau verlangt das gleiche für sich
und fordert eine Nachzahlung von über 1000 Mk. Das
Gespar ist kinderlos. Mann und Frau beziehen zurzeit
jeweils ein Jahresgehalt von rund 12000 Mk. Unter
ihren Umständen konnte der Ausschuss eine Notwendigkeit
zur Erfüllung des Verlangens der Eingabe nicht anerkennen;
es wurde im Gegenteil der Meinung scharf Ausdruck gegeben,
daß unter derartigen Verhältnissen eine solche Anforderung
unangehörig sei. — Der Ernährungsminister machte
zu beachtenswerter Mitteilung, daß infolge der Streiks von
rund 80000 Zentnern Sooskartoffeln, die in Mitteldeutsch-
land für Württemberg bereitstanden, nur etwa ein Drittel —
etwa als Gilgat — herangeschafft werden konnten.

Obernörf, 21. Mai. Gestern Nachmittag wurden
um 2 Uhr von Stuttgart hier eintreffenden Per-
sonen vier Pforzheimer Herren abgefaßt, die für über
eine halbe Million Mark gemünztes Gold und Goldbollen
in sich führten, die sie anscheinend in die Schweiz verbringen
wollten. Die hiesige Polizei war von Pforzheim aus auf
die Schmuggler, die mit Fahrskarten nach Konstanz verziehen
sahen, aufmerksam gemacht und zur Festnahme ausgefordert
worden. Das Gold wurde beschlagnahmt und die Verhaf-
ten mit dem nächsten Zug vorerst nach Stuttgart abgeführt.
Lauffen a. N., 21. Mai. Am Sonntag abend wur-
de im Bauern Gottlob Hirschnüller in seinem Weinberg
von unbekannter Hand an sämtlichen Stöcken die Gefässe und
in einem frischgezeigten Baum die Pflanzenscheitel abgerissen.
Der Schaden wird auf etwa 2000 Mark geschätzt, ohne den
Schaden des diesjährigen Herbstes. Auf die Ermittlung des
Täters sind 500 Mark Belohnung ausgesetzt.

Stuttgart, 21. Mai. Der Kommunistenführer Staudin-
ger, ehemaliger Dekorateur im Kaufhaus Metz hier, wel-
cher seinerzeit auch den Generalstreik hier proklamierte, ist
wegen Hochverrats und anderer Vergehen ins Untersuchungs-
gefängnis abgeführt worden.
Kalen, 21. Mai. Trosslos sieht es gegenwärtig unter
der Jugend auch auf dem Lande aus. Trunkenheit, Raub-
und Raufucht sind an der Tagesordnung. Kammen da am
letzten Sonntag auf dem Heimweg vom Wirtshaus begriffen
12 junge Burschen aus K. durch die Gemeinde Sulzdorf.
Ein Revolver und Revolver bewaffnet, drangen sie in das
Kloster, wo gerade eine private Abendandacht stattfand,
Wagen auf die Kirchenstühle ein und tiefen den erschrocken
Anwesenden zu, sie sollen hinausgehen. Erst nach einiger
Zeit ließen die betrunkenen Burschen von weiterem Vor-
gehen ab.

Janz, 21. Mai. Ein Gartenbesitzer ließ die Erdbarbeit
an einem „Hospitälchen“ ausführen. Dieser hat nun seine
Arbeit tadellos gemacht und das Lob des Garteninhabers
in vollem Maße verdient und ist auch dementsprechend aus-
gelohnt worden. Das Ansehen und Sehen von Pflanzen
wollte der Besitzer des Gartens selbst besorgen und deshalb
ging er zum Gärtner, um das Nötige einzukaufen. Als er
wiederkam und mit seiner Arbeit beginnen wollte, wurde er,
wie der Argensbote schreibt, vom „Hospitälchen“ mit folgenden

Worten angeredet: „Dah Sie sich gleich auskennen, diesen
Streifen und jenes Beet habe ich für mich angepflanzt —
mit dem übrigen können Sie machen was Sie wollen!“
(Also auch „Sozialisierung“ Schrift.)

Neueste Nachrichten.
Mannheim, 20. Mai. Unter der Bevölkerung ist
große Unruhe entstanden, da man allgemein befürchtet, daß
bei Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags die Stadt von
Ententetruppen besetzt werden würde. Die Folge war, daß
ein Sturm auf die Sparkassen gemacht wurde, um Geld ab-
zuheben, und daß ein großer Teil der Bürgerschaft begann,
fluchtartig Mannheim zu verlassen. Die Berwirrung wurde
dadurch noch vergrößert, daß die leider recht zahlreichen
Arbeitslosen der Stadt durch Massenunzüge und Protestver-
sammlungen eine Erhöhung ihrer Unterstüßungen zu erzwun-
gen suchten. Es ist bedauerlich, daß dem Mannheimer Bürger-
tum die Besonnenheit abhanden zu kommen scheint. Bis auf
weiteres gebietet jeder Mannheimer auf seinen Platz. Die
Mannheimer Arbeiterschaft sollte aber so viel aus dem Geiße
der Lage gelernt haben, daß jetzt wirklich die Stunde für
Streiks und einseitige Parteipolitik nicht da ist.

Berlin, 21. Mai. Scheidemann hat in einer Berliner
Kundgebung die deutschen Forderungen nach einem Rechts-
frieden und wahren Völkerverbund erneut dargelegt.

Berlin, 21. Mai. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“
nach dem englischen Pressedienst mitteilt, ist die Frist für die
Beantwortung des Friedensentwurfs um 8 Tage verlängert
worden.

Berlin, 22. Mai. In Frankreich weiß tatsächlich kein
Mensch, schreibt der „Vorwärts“, etwas von den Einzel-
heiten der Friedensbedingungen. Das ist der Völkerrufen,
von dem die Völker nichts wissen dürfen. Die französische
Presse hat nach langem Flehen um die Erlaubnis zur Ver-
öffentlichung der Auszüge aus den Friedensbedingungen, die
in den ausländischen Blättern sofort bekannt gemacht waren,
endlich einen strikten Auszug aus dem Entwurf erhalten.
Die Völkerrufen aber haben keinerlei Kenntnis von den
vielen wichtigen Einzelheiten des Vertrags, der Frankreichs
Nachbarvölk das Todesurteil spricht.

Berlin, 22. Mai. Die sächsischen Eisenbahnen haben
im laufenden Etatsjahr bereits 76 Millionen Mark Vor-
schüsse veranschlagt, die bis zum Ende des Jahres voraussicht-
lich auf 300 Millionen anwachsen werden.

Berlin, 21. Mai. Gemäß den Bestimmungen des
Danziger Vertrages über Abschluß von Kartoffellieferungen
seitens der Polen an die deutsche Regierung haben die ersten
Kartoffelproviantszüge die Stadt Bissa passiert.

Strasbourg, 21. Mai. In Mülhausen sind neue
Textilarbeiterstreiks ausgebrochen. Auch in den meisten Vo-
gesensorten wird gestreikt. In den Wecheltroener Delwert
streiken Tausende von Arbeitern. In Lembach wurden fran-
zösische Offiziere, die gegen streikende Arbeiter vorgehen
wollten, verprügelt, die gleiche Kunde kommt aus anderen
Orten. Zwischen französischem Militär und einheimischer
Bevölkerung sind in vielen Ortschaften Schlägereien vorge-
kommen. Es herrscht große Unzufriedenheit unter den Volks-
massen über die teuren Lebensmittel und die geringen Löhne.

Jansbrud, 21. Mai. Die Zahl der in Jansbrud
konzentrierten italienischen Truppen ist auf 16000 Mann
gestiegen. Die Bahnen nach dem Salzkammergut sind am
Sonntag von den Italienern besetzt worden.

Bern, 22. Mai. Der über 60000 organisierte Mit-
glieder zählende allgemeine Arbeiterverband Italiens nahm
vorgestern auf einem Sonderkongress in Mailand einstimmig
eine Tagesordnung an, in der ausdrücklich erklärt wird, daß
die italienischen Arbeiterorganisationen jede direkte oder in-
direkte Mitschuld an der Antwort der verbündeten und asso-
ziierten Regierungen an die deutschen Bevollmächtigten in
Sachen der internationalen Arbeitergesetzgebung ablehnen.

Genf, 21. Mai. Clemenceau beantwortete im Namen
der alliierten und assoziierten Regierungen die Note Deutsch-
lands über die Wiedergutmachung und über die Zurückwei-
fung der Schuld der früheren deutschen Regierung am Aus-
bruch des Krieges. Das Verlangen Brockdorff-Rantzau,
um Uebermittlung des Berichts der Kommission für die
Verantwortlichkeiten wurde mit dem kurzen Hinweis abge-
lehnt, daß die Berichte Dokumente innerer Angelegenheiten
der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission seien.

Amsterdam, 21. Mai. In Oldenzaal ist ein Extra-
zug aus Deutschland mit Flugzeugen für das holländische
Fliegerlager Soesterberg angekommen. Gestern ist von
Oldenzaal ein Extrazug aus Deutschland mit gemünztem Gold

im Werte von 200 Millionen Mark für die niederländische
Regierung in Amsterdam als Garantie für die Lebensmittel
angekommen, die Amerika an Deutschland liefert.

Rotterdam, 20. Mai. Dem Nieuwen Rotterdamischen
Courant zufolge meldet der Pariser Korrespondent der Daily
News: „Ich habe vor kurzem auf die geringe Zustimmung
hingewiesen, die der Friedensvertrag in verschiedenen Kreisen
findet. Diese Nichtstimmung hat jetzt dadurch festere Form
angenommen, daß eine Anzahl von Mitgliedern der ameri-
kanischen Mission dem Präsidenten Wilson ihr Rücktritt-
gesuch eingereicht habe. Es ist möglich, daß die Angelegenheit
nicht mit ihrem Rücktritt und ihrer Nichtteilnahme an der
Friedenskonferenz enden wird. Sie haben jedoch durch
diesen Schritt ihrer Meinung Ausdruck gegeben.“

Paris, 22. Mai. Man glaubt, daß die von den
Deutschen verlangte Fristverlängerung zugestanden worden ist.

Paris, 21. Mai. Die Kammer nahm eine Geset-
zesvorlage an, durch die den Frauen das aktive und passive
Wahlrecht in allen Versammlungen gewährt wird.

London, 21. Mai. Der englische Minister Asquith
hat sich gegen den verfallene Entwurf ausgesprochen.

Für eine Unterzeichnung.
Stuttgart, 21. Mai. Das Deutsche Volksblatt, das
Organ der württ. Zentrumspartei, nimmt in seiner heutigen
Nummer zu der Frage der Unterzeichnung des Friedensver-
trages in bejahendem Sinn Stellung, indem es folgendes
ausführt: Das deutsche Volk hat nur zwei Lebenswege vor
sich: Entweder Unterzeichnung des Sklavenfriedens, jedoch
mit der Aussicht auf frühere oder spätere Revision, oder
alsbaldiger hoffnungsloser physischer Untergang in Massen-
hunger, Chaos und Völkermord. Die Schrecken dieses
zweiten Weges dürfen nicht länger unterschätzt und verschwiegen
werden. Es wäre höchst verhängnisvoll und nicht zu ver-
antworten, wenn in dieser Lebensfrage des ganzen Volkes
Vogelstreichpolitik getrieben und in der leidenschaftlichen
Anregung der Volksseele gegen den Helotenfrieden der klare
Blick für die Folgen seiner Ablehnung verloren würde.
Was bedeutet denn die Unterzeichnung eines Sklaven- und
Erpresserfriedens? Nach allem göttlichen und menschlichen
Ur- und Naturrecht doch nur einen Fetzen Papier, mit dessen
zwangsvoller Unterzeichnung weder der Ehre des Bergewal-
tigten etwas vergeben, noch irgend eine rechtliche oder mor-
talische Verpflichtung begründet wird.

**Ueber die Friedensbedingungen für
Deutsch-Österreich**
teilen verschiedene Berliner Morgenblätter mit, daß in erster
Linie bedingungsloser Verzicht auf den Anschluß an Deutsch-
land und Unterlassung jeder den Anschluß in einem späteren
Zeitpunkt vorbereitenden Tätigkeit ausgesprochen wird. Wenn
Deutsch-Österreich die Bedingungen nicht annehme, so würde
den der Sperre der Lebensmittelzufuhr vorgegangen und der
deutsch österröichischen Republik werde eine finanzielle Last
auferlegt werden, die auf eine lange Zeit hinaus jede selbst-
ständige Regung unmöglich machen werde. Dagegen soll
eine Befreiung nicht in Aussicht genommen sein.

**RASCH
und SPARSA M**

baut man nach der AMBI-
Bauweise. Rohstoffe überall
erreichbar. Dach-Ziegel durch die
AMBI-Dachstein-Maschine
für Handbetrieb

Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Caldena Modell n. Silberner Staatspreis
1919 Reichsverband für sparame Bauweise

**Befugnung des Ministeriums des Innern über das
polizeiliche Meldungswesen.**

Vom 7. Mai 1919.
Der § 3 Abs. 2 und 3 der Meldepolizeiordnung vom
21. Dezember 1913 (Reg. Bl. S. 358) erhält mit sofortiger
Wirkung nachstehende Fassung:

§ 3.
(2) Außer dem Mieter ist auch der Vermieter melde-
pflichtig, soweit er nicht nach Abs. 3 allein meldepflichtig ist.
Neben dem Mieter und dem Vermieter und, unbeschadet der
Meldepflicht dieser Personen, ist ferner auch der Hausbesitzer
meldepflichtig. Sofern der Hausbesitzer nicht in dem
Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, liegt die Meldepflicht
des Hausbesitzers der mit der Verwaltung des Hauses be-
auftragten Person ob.
(3) Für die in einem Haushaltsverband aufgenommenen
Hausmitglieder, Kostkinder, Pensionäre, Diensthoten, Lehrlinge,
Handlungs- und Gewerbegehilfen und sonstigen Ange-
hörigen, sowie für die in eine öffentliche oder private Anstalt auf-
genommenen oder darin angestellten Personen liegt die Mel-
depflicht dem Haushalts- oder Anstaltsvorstand sowie dem
Hausbesitzer bzw. seinem Vertreter allein ob.
Die Anmerkung **) der Nummer A, B und C erhalten
folgende Fassung:

**) Neben dem Mieter auch der Vermieter und der
Hausbesitzer bzw. sein Vertreter, für Mitglieder eines Haus-
halts oder Personen in Anstalten der Haushalts- oder An-
staltsvorstand und der Hausbesitzer bzw. sein Vertreter.
Stuttgart, den 7. Mai 1919. Lindemann.

Reisebrotmarken.

Zum Schutz gegen Fälschungen ist eine Neugestaltung
der Reichs-Reisebrotmarken erforderlich geworden. Ueber die
Ausgabe der neuen und die Gültigkeitsdauer der jetzigen
Reisebrotmarken gilt folgendes:
1) Sobald die Reisebrotmarken neuen Musters zur Ver-
fügung stehen, dürfen die Kartenabgabestellen und Wirte
Reisebrotmarken alten Musters nicht mehr ausgeben.
2) Die neuen Reisebrotmarken gelten vom 16. Mai
ds. Js. ab, das Aufbrauchen der bisherigen Marken ist da-
neben noch bis 30. Juni ds. Js. einschließlich zulässig. Mitbin
sind bis zum 30. Juni 1919 sowohl die alten wie die neuen
Marken nebeneinander in Geltung, vom 1. Juli 1919 ab
dürfen die Wirte, Bäder und Brotverkäufer die Marken
alten Musters nicht mehr mit Brot einlösen.
3) Den Verbrauchern werden bis zum 30. Juni d. Js.
einschließlich die bisherigen Marken in neue umgetauscht.
Nach dem 30. Juni ist ein Umtausch nicht mehr zulässig, es
sei denn, daß der Verbraucher einen Lebensmittelkarten-Ab-

meldebchein oder sonstigen Ausweis vorlegt, wonach er über
den 30. Juni 1919 hinaus mit Reisebrotmarken anstatt mit
örtlichen Brotkarten zu seiner Brotversorgung versehen ist.

4) Die Wirte haben alle unverwendet gebliebenen alten
Reisebrotmarken ihres Vorschusses und alle von ihnen ein-
gelösten alten Reisebrotmarken spätestens am 2. Juli in der
üblichen Weise abzuliefern. Den Bäckern werden vom
2. Juli an auf zurückgelieferte Reisebrotmarken alten Musters
keine Weihenweisungen mehr erteilt.

5) Die Kartenabgabestellen haben die unverwendet ge-
bliebenen Reisenmarken alten Musters spätestens bis 5. Juli
mit urkundlicher Angabe ihrer Zahl eingeschrieben an die
Geschäftsstelle des Kommunalverbands einzusenden.
Die Herren Ortsvorsteher werden beauftragt, den Kar-
tenabgabestellen entsprechende Anweisung zu geben.

Neuenbürg, den 20. Mai 1919. Oberamt.
Bullinger.

Gemeinde Calmbach.

Die durch die Gemeindefolgen mit Beschluß vom
1. April 1919 aufgestellte Satzung, wonach die Zahl der
Gemeinderatsmitglieder auf 14 festgesetzt ist, wurde vom
Beizirkrat für vollziehbar erklärt.
Calmbach, den 21. Mai 1919. Schultheißenamt.
Gönte.

Die Gemeindebehörden
werden auf die im Staatsanzeiger Nr. 108 vom 16. Mai 1919 erschienene Bekanntmachung des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Württemberg vom 25. 4. 1919, betreffend die Fortführung der Kriegsfrankenfürsorge während der Übergangszeit zur genauen Beachtung hingewiesen.
Neuenbürg, den 20. Mai 1919. Oberamt: Bullinger.

Bekanntmachung.
Wegen Vornahme von Arbeiten an unserem Hochspannungsbau sind die Leitungen am
Sonntag, den 25. d. M.,
von morgens 1/8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr
abgeschaltet.
Gemeindeverband Elektrizitätswerk
Teinach-Station,
Station Teinach.

Statt jeder besonderen Einladung.
Wir beehren uns hiermit, alle Verwandten und Bekannten zu unserer
am Sonntag, den 25. Mai 1919
im Gasthaus „Lilien“ in Neusäß
stattfindenden
Hochzeitsfeier
freundlichst einzuladen.
Karl Kurz von Kirchheim-Teck,
Friedrike Greul,
Tochter des verst. Christ. Greul in Neusäß.
Kirchgang 11 Uhr.

Dobel.
Wir beehren uns, Bekannte und Verwandte zu unserer
am Samstag, den 24. Mai 1919
im Gasthaus zur „Linde“
stattfindenden
Hochzeitsfeier
freundlichst einzuladen.
Gustav Stängle, Feiseur.
Pauline König,
Tochter des Ludwig König, Straßenwirts.
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Dienstag, den 27. Mai 1919
stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Würzbach
freundlichst einzuladen.
Friedrich Swinner, Wagner,
Sohn d. Joh. Swinner, Wagnermeister in Iggelsloch.
Barb. Waidner, geb. Keppler,
Tochter h. Ulrich Keppler, Gemeinderats in Emberg.
Kirchgang 11 Uhr in Würzbach.

Bettfedern u. Flaum
(reiner Landkrapp)
von Mk. 8.— bis Mk. 16.— per Pfd.
empfiehlt
Wildbad. Ph. Bosch.
Telefon 32.

Zur Gemeinderatswahl in Neuenbürg.

Taktische Erwägungen haben uns veranlaßt, die Zahl unserer Kandidaten für die Gemeinderatswahl auf 8 zu beschränken und jedem derselben von parteiwegen auf dem Stimmzettel 2 Stimmen zuzuwenden. Damit soll der freien Entschliebung der Wähler in keiner Weise vorgegriffen werden, nach ihrem Ermessen Abstriche oder andere Stimmenhäufungen vorzunehmen, beispielsweise also besonders geeignet erscheinenden Kandidaten mittels Zahlenänderung bis zu drei Stimmen zu geben, andere dagegen nur mit einer Stimme zu bedenken oder ganz zu streichen. Zu beachten ist hierbei, daß der Stimmzettel im ganzen 16 Stimmen enthalten soll.
Im übrigen richten wir an unsere Parteimitglieder und Freunde die dringende Bitte, nicht nur ohne Ausnahme ihrer Wahlpflicht zu genügen, sondern auch im Interesse unserer Partei unsern Stimmzettel möglichst unverändert abzugeben.

Württ. Bürgerpartei
Ortsverein Neuenbürg.

Moderne Wand-Uhren in Nussbaum mit 1/2 mit Messing-Werk und Eichen und 1/4 Schlag von 60 bis 200 Mark
empfiehlt



Uhrmacher Löffler, Calmbach.

Woll-Soeeresocken
angestrichelt und repariert, werden am Dienstag u. Mittwoch, den 27. u. 28. Mai zum Preis von 2 Mk. bei Abnahme von 20 Paar verkauft bei
L. Renner, Karlsruhe i. B.,
Ritterstraße 17, Ecke Gartenstraße.

Städt. Arbeitsamt Wildbad.
Im Lebensmittelamt. Fernsprechanschluß 140. Kostentlose Stellenvermittlung.
Für sofort oder später werden gesucht:
männlich:
Buchdrucker.
Weiblich:
Wasch- und Putzfrauen, Küchenmädchen, Haus- und Dienstmädchen, Laufmädchen, Austrägerin, Köchinnen.
Stellen suchen:
männlich:
Junger Mann (reiche Auslandsreisejahrgang), gleich welche Branche.
Kaufleute, Mechaniker, Köche, Kellner, Hotelbediener, Bauburschen, Lift, Feiseure, Schneider, Geiger, Metzger, Schweitzer.

Neuenbürg.
Ein gut erhaltener
Ofen mit Rohr
ist zu verkaufen
Braunwart's Nachfolger.

Suche einen tüchtigen
Möbelschreiner
auf sofort.
Ernst Kull, mech. Schreinerei, Birkenfeld.

Kräftiges
Mädchen
für Hausarbeiten auf kleinen Landhof gesucht bis 1. Juni. Angebote mit Gehaltsanspr. erbeten an
Frau Privatier Wolff, Gerrenberg.

Ein tüchtiger, in allen Fächern der Gärtnerei bewandeter
Gärtner
sucht Stellung
oder übernimmt auch Privatgärten.
Offerten an die Geschäftsstelle des Enzyklist.

Ottenhausen, den 21. Mai 1919.
Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme am Heimgang unserer lieben Tante
Luise Renz,
insbesondere für die so zahlreich gespendeten Erquickungen während ihrer langen Leidenszeit drängt es uns, auch öffentlich den herzlichsten Dank auszusprechen.
Namens der Hinterbliebenen:
Gotthilf Renz, Pfarrer und
Frau Agnes, geb. Heim.

Karl Blaich, Feldrennach
empfiehlt
Dr. Schweitzer's Mostansatz,
Ruf's Mostansatz mit Heidelbeeren.

Einladung.
Sämtliche Freunde und Gönner des
Fußball-Sports
sind, zwecks Gründung eines Vereins, zu einer Besprechung am Freitag, abend 7 1/2 Uhr in die Restauration „Eintracht“ höchst eingeladen.
Mehrere Sportfreunde.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Morgen Freitag, den 23. Mai 1919, vorm. 8 Uhr, wird auf dem Rathaus in
Brennholz-Verlosung
für den Winterbedarf 1919/20 fortgesetzt. Es kommen zu je 2 Rm. an die Reihe die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben Nest D bis Ende G, soweit im Februar d. J. Anmeldung ordnungsmäßig erfolgt ist und die früheren Holzlieferungen bezahlt sind.
Stadtschultheißenamt.
Knoebel.

Ess-Bestecke
empfiehlt

Braunwart's Nachf.,
Uhrmacher - Neuenbürg.

Prima Ferkel und Läuferchweine
liefert zu billigsten Tagespreisen
Geflügelhof Ulm a. D.
Niederlage bei
Ernst Döhner jr., Neuenbürg.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Die besten
Futtermittel
werden am Freitag, 23. Mai, von 7-9 Uhr vorm., im Rathaus ausgegeben.
Veerr Säcke müssen mitgebracht werden.
Von der überwiesenen Bezugsliste können nur die Milch- und Viehbesitzer beachtet werden.
Städt. Lebensmittelstelle
J. A. Kienzle.

Neusäß.
Habe ein 6 Monate altes
Kind,
zur Zucht geeignet, zu verkaufen
Ernst Wacker.

Gräfenhausen.
Ein schönes
Läuferchwein
hat zu verkaufen
Wilhelm Hermann.

Conweiler.
Ein schönes
Läuferchwein
sowie eine noch ganz neue
Dampfwaschmaschine
setzt dem Verkauf aus
Wilhelm Haugmann,
Schreiner.

80 Stück
Rüchentische
(roh) hat sofort, auch einzeln abzugeben
Joh. Georg Kübler,
Schreinerei,
Oberlengenhardt.

Schwäbische Helden.
Unter diesem Titel soll eine Kriegschronik in würdiger Ausstattung erscheinen, welche die herrlichen Taten unserer wackeren Schwaben vereinen soll. Wir bitten Kriegsteilnehmer aus dem Bezirk oder deren Angehörige um Schilderungen in ungeschminkter Form zur Weitergabe bis spätestens 1. Juni übermitteln zu wollen. Die Mitteilungs braucht nicht hilfsbereit zu sein, das besorgt der Verlag; sie soll jedoch glaubwürdig sein und nur tatsächlich Geleistetes schildern.
Schriftl. d. „Enzyklist“.

I. Schwäbische Bürgerheim-Geld-Lotterie
Ziehung am 31. Mai 1919.
215000 Gewinn mit 200 Mk.
36000
Hauptgewinn, bar oder in Raten
15000
5000, 1000
Lose zu 1 Mk. 13 Lose 12 Mk. 25 Mk. mehr, zu beziehen durch die Lotterieverwaltung
Eberh. Felzer Stuttgart
Friedrichstr. 56
Postfach 124
Nr. 8413
J. Schwabert Stuttgart
Marktplatz 6
Postfach 110
Nr. 253
sowie alle Verkaufsstellen.

